



Light ist nicht light
Was im Essen wirklich
steckt - eine Analyse
von foodwatch 
die essensretter

*Die Ampelkennzeichnung für
Light-Produkte*

INHALT

Editorial - Unerträgliches Wien	3
Wochenrückblick	
Windenergie wird Jobs bis 2020 verdoppeln	4
Studie: Soziales Verhalten von Unternehmen zahlt sich aus	4
Erster Umweltwirtschaftsbericht Deutschland liegt vor	5
Bundesregierung Deutschland hat CSR-Forum eingesetzt.	5
Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit.	6
Wirtschaft und Konsum	
Konsumieren und Kredite machen nicht reich, Eugen-Maria Schulak	9
Light ist nicht light - foodwatch	
Auszug aus der Übersichtstabelle von foodwatch	11
Wirtschaft und CSR	
Caritas-Microsoft Computer ABC für Frauen:	
Positive Bilanz nach zwei Jahren	12
Ressourcen	
acatech Forschungs- und Technologierat –	
Bioökonomie nimmt Arbeit auf.	14
Zivilgesellschaft	
Generationendialog in der Praxis – Bürger initiieren Nachhaltigkeit	
Endspurt im Wettbewerb zum bürgerschaftlichen Engagement	16
KAMPAGNE: Kein Kohlekraftwerk in Berlin!	
Himmel über Berlin in Gefahr	17
EU-Report	
Kurzmeldungen	18
Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt 6,7 Mrd. EUR Garantie für die Europas Innovationsleistung stark verbessert	24
Finanzmärkte: Kommission stärkt Aufsichtsausschüsse und Gremien für die Standardsetzung in den Bereichen Rechnungslegung und Abschlussprüfung	26
Kommission will Verantwortung von OGAW-Verwahrstellen klären.	28



IMPRESSUM:

Anschrift: Glocalist Medien, Bechardg.
16/20, 1030 Wien.

Tel: +43/1/710 16 46

Glocalist Medien - Berlin:

Rolandufer 13, 10179 Berlin-Mitte

Tel: +49/30/4005455-0

Fax: +49/30/4005455-20

Web: www.glocalist.com

Verleger/Eigentümer: „arbeitsraum-
philosophie“ agentur für analoge und
digitale kommunikationswirtschaft
GmbH

Herausgeber:

Dr. Christian Neugebauer:

office@glocalist.com

Chefredaktion:

Mag.(FH) Ing. Bettina Dürrheim

chefredaktion@glocalist.com

Anzeigen:

anzeigenleitung@glocalist.com

Abonnement: www.glocalist.com

unter Menüpunkt „Abonnement“.

Bilder: Sofern nicht anders
angegeben: Archiv Glocalist Medien
sowie Autorenbilder

BEIRAT ÖSTERREICH:

Anna Spinka, Industriellenvereinigung
Sigrid Greutter-Kuhn, debra-austria
(Schmetterlingskinder)

Nicholas Hauser, Sekretär der GPA

Kurt Krickler, ist Mitbegründer und
seither Mitarbeiter der Homosexuellen
Initiative (HOSI) Wien

Wolfgang Pekny, Greenpace -

Plattform Footprint

Dieter Schindlauer, Obmann des

Vereins ZARA

Christiana Weidel, Obfrau World of
NGOs

Ernst Kurt Weigel, Freier Autor &
Theatermacher

BEIRAT DEUTSCHLAND:

Michael Assländer, Deutsches

Netzwerk Wirtschaftsethik Martin

Dieckmann, Referent für

Medienpolitik und Medienwirtschaft

beim ver.di-Bundesvorstand Stefan

Nährlich, Geschäftsführer der

Aktiven Bürgerschaft Peter Wahl,

GF „Weltwirtschaft, Ökologie &

Entwicklung – WEED“.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte
und LeserInnenbriefe wird keine Haftung
und Gewährleistung übernommen. Der
Herausgeber und die Redaktion behalten
sich eventuelle Kürzungen vor. Namentlich
gekennzeichnete Beiträge drücken nicht un-
bedingt die Meinung des Herausgebers und
der Redaktion aus und für Beiträge und ihren
Wahrheitsgehalt haften ausschließlich die
AutorInnen. Unverlangte Sendungen, für die
weder Verlag noch Redaktion eine Haftung
übernehmen, werden nur dann zurückge-
sandt, wenn ausreichend Rückporto beiliegt.

Unerträgliches Wien

Wir erinnern uns, Obama hat mit einem Federstrich Guantanamo aufgelöst. Innerhalb eines Jahres soll diese Stätte gegen die Menschenrechte geschlossen werden.

Europa und hier auch Österreich hat die USA stets berechtigt kritisiert für die Existenz dieses Lagers.

Nun geht es um die Frage, die unrechtmäßig Festgesetzten, Asyl zu gewähren. Namhafte Menschenrechtsorganisationen fordern von der Europäischen Union und damit auch von Österreich, entsprechend Asyl zu gewähren.

Dies vor dem Hintergrund der Unteilbarkeit der Menschenrechte und ein Unrecht zu beheben.

An die Menschenrechten scheint sich das offizielle Österreich – namentlich Außenminister Spindelegger – nicht mehr gebunden zu fühlen und lehnt eine Aufnahme grundsätzlich ab: Es gefährde die Sicherheit Österreich, es sei kein österreichisches Problem und es gehe aufgrund des Rechtssystem in Österreich nicht.

Besonders der letzte Punkt ist pikant und offenbart völlige Inkompetenz, denn das österreichische Asylrecht sieht Asyl von Amtswegen vor, d.h. die Republik könnte auf Grundlage der eigenen Gesetze sehr wohl Asyl gewähren.

Zur Gefährdung: Das ist reine Propaganda und es ist kaum zu erklären wie ein oder zwei Personen, denen man Asyl einräumen könnte, ernsthaft das Staatsgefüge in Österreich gefährden könnten. Das ist Unsinn und kann nicht ernst genommen werden. Und schließlich, ja doch, es ist ein österreichisches Problem, denn Asyl ist ein Menschenrecht und Österreich an die Menschenrechte gebunden.

Wien ist unerträglich geworden und wird von einem bigotten Kleingeist regiert. ■



**CHRISTIAN NEUGEBAUER,
HERAUSGEBER**

Windenergie wird Jobs bis 2020 verdoppeln

Einer Studie der EWEA, der Europäischen Windenergie Vereinigung, zufolge, werden sich die Jobs in der Branche bis 2020 verdoppeln. Das entspricht 33 neuen Job täglich!

2007 verzeichnete die Windenergie das größte Wachstum in der Energiebranche. Dementsprechend gestaltete sich auch der Zuwachs an Arbeitsplätzen. 2007 waren es 154.000, die im Sektor Windenergie arbeiteten, davon waren alleine 108.600 direkt beschäftigt. In den letzten fünf Jahren wurden in EU-Raum alleine 60.000 neue Arbeitsplätze geschaffen.

Die Studie zeigt weiters, dass alleine die Erzeugung von Turbinen einen rasanten Aufschwung von 37% verzeichnete, gefolgt vom Maschinenbau und Projektentwicklern mit 22%. 75% der neuen Arbeitsplätze betrafen die Pionierländer Dänemark, Deutschland und Spanien. Länder wie Frankreich, Großbritannien und Italien sind dabei aufzuholen.

"Wind at Work reveals the vast potential of the wind energy industry as a source of employment that can bring real long-term benefits to European economies," sagt Christian Kjaer, EWEA Vorstandsvorsitzender.

Für 2020 wird damit gerechnet, dass 325.000 Menschen in der Windbranche arbeiten werden. Onshore Windenergie, so wird geschätzt, wird künftig zu den größten Entwickler von Arbeitsplätzen in der Zeit werden.

Hintergrund

EWEA hat derzeit 500 Mitglieder in über 50 Länder inklusive Herstellern mit einem 90 % Anteil auf dem globalen Markt, Komponenten, Lieferanten, Forschungsinstituten, Entwicklern, Energielieferanten, Vereinen, Beratern und anderen.

Die Studie im Download

www.ewea.org/fileadmin/ewea_documents/documents/publications/Wind_at_work_FINAL.pdf ■

Studie: Soziales Verhalten von Unternehmen zahlt sich aus

Laut einer Studie der GfK Panel Service in Zusammenarbeit mit der GfK Nürnberg und Roland Berger beeinflusst das soziale Engagement von Unternehmen die Kaufentscheidung von Verbrauchern signifikant und eindeutig. Befragt wurden 20.000 Haushalte.

Konsumenten wünschen sich von Firmen ein sozial und ökologisch verantwortliches Management und nachhaltiges Handeln. Für 74 Prozent der Befragten sei bei Corporate Responsibility vor allem das faire Verhalten der Firmen gegenüber ihren Mitarbeitern ausschlaggebend. Die Verantwortung dem Kunden gegenüber in Form hochwertiger Produkte zu angemessenen Preisen, ist für 29 Prozent entscheidend. Knapp dahinter mit 28 Prozent steht die faire Beziehung zu den Zulieferern. 28 Prozent der Deutschen kaufen vor allem Produkte aus der eigenen Region.

Die umwelt- und klimafreundliche Produktion ist für jeden Fünften wichtig. Überraschend: Das Engagement eines Unternehmens beim Sponsoring von Sport, Kultur und Wissenschaft findet mit sechs Prozent die geringste Beachtung.

Überraschend ist weiters: Handelt ein Unternehmen tatsächlich im Sinne der Corporate Responsibility, ist der Verbraucher durchaus bereit, für das Produkt einen höheren Preis zu bezahlen. So würde rund die Hälfte der Deutschen beispielsweise für nachgewiesen aus der Region stammende Produkte oder für ein Label "energiesparend" tiefer in die Tasche greifen.

Die größte Konsumrelevanz hat der so genannte "verantwortungsbewusste Konsument". Er setzt sich gerne für andere ein. Für ihn zählen die Wahrung von Menschenrechten, soziale Verantwortung oder Entwicklungshilfe sowie der verantwortungsvolle Umgang mit Ressourcen – und das nicht nur als Lippenbekenntnis, sondern auch beim Einkauf von Lebensmitteln, Elektrogeräten, Farben oder Autos. Dieser Konsumententyp ist sehr konsequent in seinem Handeln. So sagen in dieser Gruppe 13 Prozent mehr als in der Gesamtbevöl-

kerung, dass sie im Haushalt nur Elektrogeräte der höchsten Energieeffizienzklasse einsetzen. ■

Erster Umwelt- wirtschaftsbericht Deutschland liegt vor

Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt haben heute den ersten Umweltwirtschaftsbericht veröffentlicht. Zeit wurde es und beweist neuerlich, was man aller Orten schon wissen sollte: Umweltschutz wird als Wirtschaftsfaktor immer wichtiger. Jetzt machen, ist angesagt.

Jetzt sollte diese Erkenntnis noch bei der Politik ankommen, wenn sie ihre nächsten Konjunkturpakete auflegt.

„Der Umweltwirtschaftsbericht hilft, die Diskussionen um das Verhältnis von Umwelt und Wirtschaft zu versachlichen. Angesichts der doppelten Herausforderung durch Wirtschafts- und Klimakrise brauchen wir gerade jetzt solide und klare Entscheidungsgrundlagen für eine ökologische Industriepolitik“, so Bundesumweltminister Sigmar Gabriel. Man kann nur sagen, richtig so, aber jetzt bitte endlich machen! Verschrottungsprämien für Autos, stellen hier sicher den falschen Weg dar wie Greenpeace Deutschland anhand einer Kosten-Nutzen-Analyse vorgerechnet hat.

Umweltschutz wird als Wirtschaftsfaktor immer wichtiger, konstatiert der Bericht: Mehr als 5 Prozent der Industriegüterproduktion in Deutschland entfielen 2007 auf Umweltschutzgüter. Deutschland ist beim Handel mit Umweltschutzgütern Weltspitze. Das schlägt sich auch auf dem Arbeitsmarkt nieder: Die Umweltjobs boomen: Fast 1,8 Millionen Menschen finden in Deutschland hier Brot und Arbeit, mit weiter steigender Tendenz. Jetzt gehe es aber darum, nicht Boden zu verlieren.

Der Bericht belegt, dass sich Umweltschutz auszahlt – gerade auch angesichts langfristig steigender Energie- und Rohstoffpreise sowie der großen Bedeutung der Energie- und Materialkosten im verarbeitenden Gewerbe. Umweltschutzanforderungen machen Unternehmen innovativer und damit fit für die Zukunft. Und Umweltschutz ist volkswirtschaftlich eine lohnende Investition. Denn er verringert Umweltschäden,

deren Kosten die Gesellschaft ansonsten zu tragen hätte. So erreichen beispielsweise die durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz vermiedenen Umweltschäden bereits heute die gleiche Größenordnung wie die zusätzlichen Kosten für die Volkswirtschaft. In rund zehn Jahren wird der Nutzen doppelt so groß sein wie die Zusatzkosten.

In den Märkten der Zukunft eröffnen sich für innovative Unternehmen gewaltige Chancen. Damit deutsche Unternehmen weltweit und dauerhaft erfolgreich sein können, müssen sie in ihren Unternehmensstrategien berücksichtigen, dass die Ökologie zur Ökonomie des 21. Jahrhunderts wird. Umweltpolitik ist heute auch Innovationspolitik, Investitionspolitik, Beschäftigungspolitik und vorausschauende Standortpolitik. „Umwelt und Wirtschaft sind kein Gegensatz – wer auf Dauer wirtschaftlich erfolgreich sein will, muss sich frühzeitig auf neue Herausforderungen wie den Klimaschutz und knapper werdende natürliche Ressourcen einstellen.

Die Umweltpolitik muss diesen Prozess beschleunigen, indem sie Umweltinnovationen fördert und Wettbewerbsverzerrungen zu Lasten umweltfreundlicher Produkte und Techniken beseitigt“, so der Präsident des Umweltbundesamtes, Andreas Troge. Da lässt sich kaum mehr was hinzufügen außer: Machen, jetzt!

Der „Umweltwirtschaftsbericht 2009“ im Download als PDF >> www.umweltdaten.de/publikationen/fpdf-l/3692.pdf ■

Bundesregierung Deutschland hat CSR-Forum eingesetzt

Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales hat nun das CSR-Forum für die Bundesregierung eingesetzt. Die Querschnittskompetenz CSR liegt beim BMAS.

Vorausgegangen war dem eine Tagung im April 2008: Die Konferenz der Bundesregierung „Unternehmen in Verantwortung - Ein Gewinn für alle“ sollte eine nationale CSR-Strategie für Deutschland entwickeln. Weitere Themen waren: CSR-Gütesiegel, CSR-Rat und Internetplattform für CSR-Engagement deutscher Firmen im Ausland. Etwa 200 TeilnehmerInnen aus der Beraterwelt, Ministerien, Unternehmen, Gewerkschaften,

Verbraucherschutz und Wirtschaftsverbänden, Wissenschaft und NGOs folgten dem Ruf dieser Tagung im April (sh. ausführlichen Bericht auf Glocalist Daily News >> http://www.glocalist.com/index.php?id=20&tx_ttnews%5Btt_news%5D=3290&tx_ttnews%5Bcat%5D=4&cHash=117d20e0a6).

Nach einer Studie, die im Dezember 08 vorgelegt worden ist, wurde dieser Woche (20.1.) schließlich das erste Treffen des Forums für gesellschaftliche Verantwortung einberufen; geladen hat Bundesministerium für Arbeit und Soziales.

Das CSR-Forum soll schließlich dazu beitragen, nachhaltige Unternehmensverantwortung zu stärken und auszuweiten. CSR erlangt national wie international zunehmend Bedeutung - das Forum wird die Bundesregierung bei der Entwicklung einer nationalen CSR-Strategie beraten und unterstützen, so das Eigenverständnis und die Aufgabenstellung.

Die aktuelle Finanzkrise mit ihren massiven negativen Wirkungen für Realwirtschaft und Beschäftigung zeigt am Beispiel der Banken- und Finanzbranche besonders drastisch: Transparenz und verantwortliches Handeln sind unerlässlich - gerade im Zeitalter der Globalisierung. Die Diskussion um Nachhaltigkeit wirtschaftlichen Handelns ist keine Luxusdiskussion. Vielmehr gehören wirtschaftliche Leistungsfähigkeit einerseits und soziale, gesellschaftliche sowie umweltpolitische Verantwortung andererseits untrennbar zusammen, so das BMAS im zusammenfassender Darlegung und Einschätzung der Ausgangslage für CSR heute.

Mit ihrer nationalen CSR-Strategie will die Bundesregierung das Thema "gesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen" insgesamt, aber auch Wege und Formen ihrer Wahrnehmung in der breiten Öffentlichkeit sichtbar machen. Damit dies wird, muß sich aber wohl noch die Öffentlichkeitsarbeit steigern; hier ist einiges Verbesserungspotential auszumachen und es alleine in den Schoß von PR-Agenturen zu legen wird es wohl nicht sein können. Auch hier gilt es endlich jene Medien der Nachhaltigkeit miteinzubeziehen.

Das BMAS legt in seiner Pressemitteilung abschließend die Strategie einer künftigen CSR-Politik der Bundesregierung dar: "Einerseits stärkt CSR die internationale Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen; andererseits ist sie ein wichtiger - und immer wichtiger werdender - Beitrag zur sozialen und ökologischen Dimension der Globalisierung."

Bei den "Mitgliedern" sind hinsichtlich der eingebundenen Verbände und NGOs sowie Ministerien kaum Überraschungen auszumachen, hinsichtlich der einbezogenen Unternehmen und mancher Stiftungen wären nähere Begründungen interessant. Vielleicht kann man ja die Begründungen bald auf

der Website des BMAS (CSR in Deutschland) nachlesen, denn auch dies gehört zu Transparenz - die Nachvollziehbarkeit von Argumenten. Weiters wäre es mehr als sinnvoll, wenn man jene Unternehmer, die quasi Nachhaltigkeit "erfunden" bzw. erstmalig als Geschäftsprinzip angewandt haben lange bevor es CSR hieß wie beispielsweise eine EWS, Greenpeace Energy, Memo, GLS-Bank oder Solarwold AG. Hier kann man eine sehr lange Reihe ausmachen der First Movers und es ist eigentlich nicht zu verstehen, warum jene Pioniere fast wie üblich schon übergangen werden.

Zur Website CSR in Deutschland >>

www.csr-in-deutschland.de/portal/generator/1836/startseite.html ■

Umweltschutz und soziale Gerechtigkeit

Die Deutsche Umwelthilfe e.V. veranstaltet

1. Kongress zum Thema Umweltgerechtigkeit.

Eingeladen sind Vertreter von Städten und

Kommunen, Sozial- und Umweltverbänden,

Experten aus Wissenschaft und Politik. 31. März

bis 1. April - Frankfurt/Main

Die Emissionen aus Straßenverkehr und Industrie belasten arme Menschen besonders stark. Studien belegen, dass die Umweltbelastungen in den Stadtteilen mit sozial und gesellschaftlich benachteiligten Bevölkerungsgruppen deutlich höher sind, als in einkommensstärkeren Gebieten. Die Deutsche Umwelthilfe e.V. (DUH) veranstaltet daher den ersten bundesweiten Kongress zum Thema Umweltgerechtigkeit, um mit Vertretern von Kommunen, Sozial- und Umweltverbänden über kommunale Herausforderungen, Projekte und Lösungen an der Schnittstelle von Umwelt-, Gesundheits- und Sozialpolitik zu diskutieren.

Im Mittelpunkt des Kongresses steht die Frage, welche Handlungsmöglichkeiten die Kommunen zur sozialverträglichen Gestaltung des Umweltschutzes haben und wie Synergieeffekte zwischen sozialen Belangen und Umweltschutz genutzt werden können.

Das Thema Umweltgerechtigkeit ist aus der internationalen Debatte um die Verteilung von Ursachen und Lasten des Klimawandels bekannt. Da die soziale Spaltung der Gesellschaft in Deutschland voranschreitet, ist die Frage nach mehr sozialer Gerechtigkeit im Umweltschutz jedoch auch hierzulande

von politischer Bedeutung. Selbst wenn die Datenbasis zur Umweltgerechtigkeit durchaus ausbaufähig ist, lassen bereits existierende Studien darauf schließen, dass es in Deutschland einen Zusammenhang zwischen Armut und Umweltbelastungen gibt. Entscheidend für die Erreichung der umwelt-, energie- und klimapolitischen Ziele ist daher unter anderem, wie sozialverantwortlich die Politik sie gestaltet.

Einkommensschwache wohnen zum Beispiel häufiger an Hauptverkehrsstraßen und sind dadurch gesundheitsschädlichen Stoffen wie Schwefeldioxid, Feinstaub und Stickstoffdioxid stark ausgesetzt. Menschen mit niedrigem Einkommen haben somit ein höheres Risiko für verkehrsbedingte Krankheiten wie asthmatische Bronchitis oder Herz-Kreislauferkrankungen. Kinder aus armen Familien werden häufiger Opfer von Verkehrsunfällen und haben seltener Zugang zu nutzbaren öffentlichen Grünflächen.

Für Hamburg stellte eine Studie fest, dass großtechnische Anlagen wie Kraftwerke, Müllverbrennungsanlagen und Raffinerien räumlich ungleichmäßig verteilt sind: Sie stehen besonders häufig in Stadtteilen mit hoher Arbeitslosigkeit und einer großen Anzahl von Sozialhilfe- und Hartz-IV-Empfängern.

„Kommunaler Umweltschutz leistet einen Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit. Die Lebensqualität und das Sozialgefüge in den

Stadtteilen verbessert sich mit einer sozialverantwortlichen Umweltpolitik, denn von einer sauberen Umwelt, öffentlichen Grünflächen und energetisch sanierten Häusern profitieren vor allem sozial benachteiligte Menschen“, sagt Robert Spreter, Leiter der Abteilung Kommunaler Umweltschutz der Deutschen Umwelthilfe.

Ob Stadtplanung, Verkehrsentwicklung, Klimaschutz oder die Qualität öffentlicher Grünflächen – Entscheidungen über die Gestaltung der Umwelt und der Lebensverhältnisse werden in bedeutendem Maße in der Kommunalpolitik und -verwaltung getroffen. Der Kongress der Deutschen Umwelthilfe bietet erstmalig ein bundesweites Forum zum Austausch zwischen Experten und kommunalen Praktikern.

Das Konzept der Umweltgerechtigkeit wird auf dem Symposium anhand von Praxisbeispielen aus Kommunen vorgestellt: Diskutiert werden die sozialen Auswirkungen von Umweltschutz zu den drei Schwerpunkten Verkehr und Lärm, Klimaschutz sowie Stadt und Grün.

Die Teilnahme am Kongress ist kostenlos.

Mehr Infos unter:

www.duh.de/umweltgerechtigkeit.html



2008 haben wir Österreich verloren!

Jedes Jahr wird Regenwald in der Größe Österreichs zerstört! 1 Euro schützt 100.000 m². SMS an 0664 62 000 88
Wir bestätigen Ihre Spende per Telefon.



Kreativ: iService, Foto: WWF Brasilien, Z/R-Nr. 751 753 867

Uns geht's ums Ganze.

www.gruene-bundestag.de

grün leben – nachhaltig konsumieren

Verbraucherkonferenz am 6./7. März 2009 in Berlin

mit Renate Künast (Fraktionsvorsitzende), Peter Unfried (taz, Autor), Nicole Maisch (Sprecherin für Verbraucherpolitik), Gerd Billen (vzwb), Ulrike Höfken (Sprecherin für Ernährungspolitik), Gisela Burckhardt (Clean Clothes Campaign), Cornel Kubrt (Tchibo) und vielen anderen

Freitag, 6. März, 19 Uhr, Film „China Blue“, Kino „Blow Up“, Immanuelkirchstr. 14, 10405 Berlin
Samstag, 7. März, 10 Uhr, Konferenz im Deutschen Bundestag, Paul-Löbe-Haus, Paul-Löbe-Allee 2, 10557 Berlin

Mit Klimaschutz aus der Krise – grüne Investitionen, grüne Arbeit!

Umweltkonferenz am 15. März 2009 in Berlin

mit Renate Künast (Fraktionsvorsitzende), Hubert Weiger (BUND), Bärbel Höhn (stellv. Fraktionsvorsitzende), Berthold Huber (IG Metall), Jürgen Resch (Deutsche Umwelthilfe), Jürgen Trittin (stellv. Fraktionsvorsitzender), Werner Schnappauf (BDI) und vielen anderen

Sonntag, 15. März, 10 Uhr, Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin

Infos und Anmeldung zu beiden Konferenzen
» gruene-bundestag.de » Termine
T. 030 / 227 589 39, ak2@gruene-bundestag.de



Konsumieren und Kredite machen nicht reich

Die alte Vorstellung, dass Konsumieren alle reich machen könne, ist eine große Dummheit. In Wirklichkeit läuft die Kausalität des Reichtums anders. Von Dr. Eugen Maria Schulak.

Dr Eugen Maria, Gründer der ersten philosophischen Praxis in Österreich >> www.philosophische-praxis.at

Alles und das gleich – oder: Wie kommt eigentlich Reichtum in die Welt?

Auch die Zeit lässt sich – so wie alles im Leben – unterschiedlich bewerten. Kinder und Tiere etwa bewerten die Gegenwart extrem hoch. Das heißt sie wollen das, was ihnen begehrenswert erscheint, jetzt gleich haben und haben demnach eine hohe Zeitpräferenz. Kinder und Tiere leben in der Gegenwart und gehen ganz in ihr auf. Die Gegenwart ist alles, was sie sich vorstellen können und die Zukunft liegt außerhalb ihres Bewusstseins.

Erwachsene haben die Möglichkeit, an die Zukunft zu denken. Sie können auf gegenwärtigen Konsum verzichten, also Sparen, in der Voraussicht, in Zukunft mehr konsumieren zu können. Sie bewerten damit die Gegenwart geringer, haben also eine niedrigere Zeitpräferenz. Hat man Sparen jedoch verlernt, wird alles bereits in der Gegenwart konsumiert, was dem Gegenteil von weiser Voraussicht und kluger Zukunftsvorsorge entspricht.

Wenn uns Erwachsenen nach der Gegenwart gelüstet, nehmen wir einen Kredit, das heißt wir machen Schulden. Ist es ein Konsumkredit, so verjübeln wir ihn für unser tägliches Vergnügen. Das ist selten klug. Ist es ein Investitionskredit, so verwenden wir ihn zur Produktion von Gütern oder zur Bereitstellung von Dienstleistungen, die, wenn sie andere Menschen freiwillig kaufen, einen künftigen Gewinn versprechen. Das ist schon klüger. Noch klüger wäre es freilich, man würde vorher sparen, denn Kredite machen alles teurer, was die Konsummöglichkeiten in der Zukunft reduziert, und umso mehr, je umfangreicher die Kredite sind.

Ist die Zeitpräferenz bei Erwachsenen extrem hoch, so führt dies notwendig zu Verschwendung, in der Folge zu sozialer Hilflosigkeit und bei moralischer Entgleisung zu Diebstahl und Betrug. Stirbt jemand, der eine hohe Zeitpräferenz hatte, so hinterlässt er bestenfalls nichts, meist jedoch Schulden und Probleme, die andere auszubaden haben. Wenn jemand stirbt, der eine niedrige Zeitpräferenz hatte, so wurde in der Regel etwas aufgebaut, das an die nächste Generation weitergegeben werden kann.

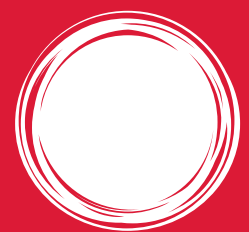
Die Vorstellung, dass Konsumieren alle reich machen könne, ist eine große Dummheit. Erstaunlich, dass es die überwiegende Mehrzahl der etablierten Ökonomen bis heute noch nicht weiß. In Wirklichkeit läuft die Kausalität des Reichtums nämlich anders: Zuerst Kapital bilden, mit diesem etwas Sinnvolles produzieren, das andere Menschen freiwillig kaufen, und dann den Überschuss (unter Abzug einer fortlaufenden Sparquote) konsumieren. Die falsche Kausalität, wie heute üblich, nämlich zuerst zu konsumieren, bevor man noch etwas produziert und gespart hat, ist ein Übel. Nicht nur, weil Kredite alles verteuern, sondern vor allem auch deshalb, weil ein Anwachsen der Kreditmenge die Gesamtmenge an Geld erhöht, was notwendig zu Inflation führt. Inflation bedeutet Masseneignung.

Angesicht der Tatsache, dass wir uns gleichsam kollektiv eine außerordentlich hohe Zeitpräferenz zugelegt haben, braucht es uns nicht weiter zu verwundern, wenn wir enteignet und an die Wand gedrückt werden. Jeder bekommt das, was ihm angemessen ist. Wären wir erwachsen gewesen, wäre uns das nicht passiert. ■



-- TAG DER --
**STRASSEN
KINDER**
31. JÄNNER
-- HL. DON BOSCO --

Mit Don Bosco Kindern ein Zuhause geben!
Bitte helfen Sie mit! Spendenkonto PSK 7.030.303



**JUGEND
EINE
WELT**

www.jugendeinewelt.at

Light ist nicht light

Martin Rücker (foodwatch e.V., Berlin)

foodwatch 
die essensretter

Viele "Light"-Produkte halten nicht, was sie versprechen. Ein Test der Verbraucherrechtsorganisation foodwatch zeigt, dass die vermeintlich "leichten" und gesunden Lebensmittel oft wahre Zuckerbomben sind oder einen hohen Anteil an Fett oder Salz aufweisen.

Vom Joghurt bis zu Kartoffelchips - foodwatch hat 13 Produkte, die mit Hinweisen wie "light" oder "0,1 Prozent Fett" beworben werden, mit den Nährwertampeln für den Gehalt an Fett, gesättigten Fettsäuren, Zucker und Salz gekennzeichnet. Nach Vorbild des britischen Modells steht Rot für einen hohen, gelb für einen mittleren und grün für einen geringen Anteil der jeweiligen Nährwerte. Ergebnis des Tests: 11 von 13 "Light"-Produkten (knapp 85 Prozent) weisen in mindestens einer Kategorie eine rote Ampelfarbe auf. Bei der "Streichzarten Teewurst light" aus dem Aldi-Sortiment stehen sogar drei Ampeln auf Rot. Acht Produkte erhalten in jeweils nur einer einzigen Kategorie eine grüne Ampel. Auch Light-Produkte können schwer im Magen liegen: Die Verpackungen erwecken den falschen Eindruck, als könnten alle Light-Lebensmittel Flügel verleihen. Die Ampelkennzeichnung würde die Tricks der Hersteller entlarven und auf einen Blick zeigen, was Sache ist.

Bei vier der 13 Light-Lebensmittel zeigt die Ampel bei Fett Rot. Fünf Produkte haben einen hohen Anteil an gesättigten Fettsäuren. Drei Lebensmittel haben einen hohen Zuckerwert, vier enthalten sehr viel Salz. Fettreduzierte Produkte weisen

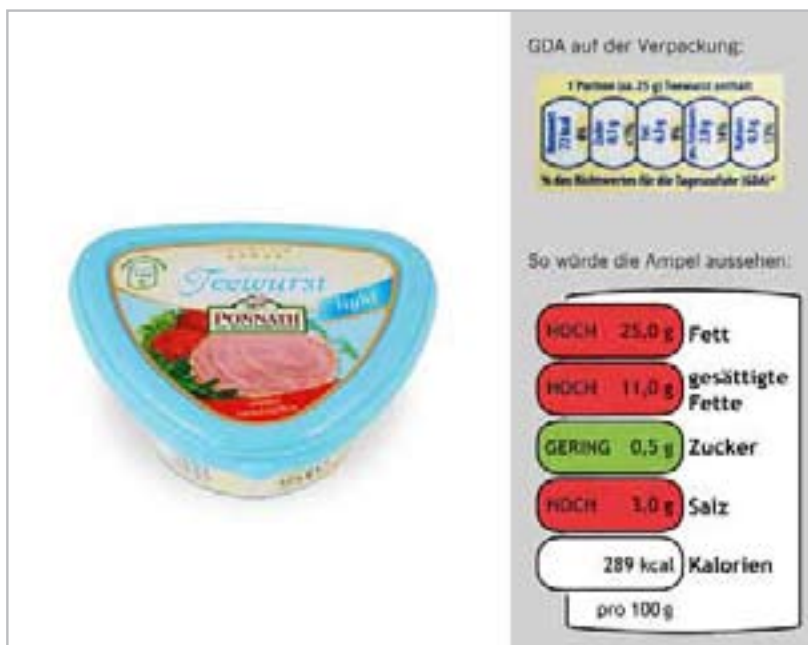
häufig einen erhöhten Anteil an Zucker oder Salz auf - offensichtlich als Ausgleich für den Geschmacksträger Fett. So wurde zum Beispiel bei "Thomy légère - leichter als Remoulade" zwar der Fettgehalt um rund 85 Prozent reduziert - gleichzeitig aber ist der Salzgehalt mit 3,1 Gramm pro 100 Gramm mehr als doppelt so hoch wie bei der "normalen" Remoulade von Thomy. Die Frühstückscerealien "Special K 1,5% Fett" von Kellogg's versprechen ein "Diät-freies Leben", ihr Zuckeranteil ist mit 17 Prozent jedoch doppelt so hoch wie bei klassischen Cornflakes.

Hersteller dürfen ihre Produkte "leicht" oder "light" nennen, wenn sie 30 Prozent weniger Fett oder Zucker als das Originalprodukt enthalten. Dennoch: Chips bleiben auch in der Light-Variante fettig, und Eis bleibt eine zuckrige Süßigkeit. Wo 'light' drauf steht, muss nicht unbedingt wenig Fett oder Zucker drin sein - sondern nur weniger als bei herkömmlichen Produkten. Unter Umständen verzehrt der Verbraucher gleich viel oder gar mehr Fett und Zucker, weil er glaubt, sorglos zugreifen zu können. Um eine transparente Information über die Nährwerte von Lebensmitteln zu erreichen, fordert foodwatch die verbindliche Einführung der Ampelkennzeichnung nach britischem Vorbild.

Web:

www.foodwatch.de

Streichzarte Teewurst light (Ponnath GmbH, gekauft bei Aldi)



Da kriegt die Wurst ihr Fett weg: Drei rote Ampelpunkte für Fett, gesättigte Fettsäuren und Salz gibt es für die angeblich „leichte“ Teewurst von Aldi. Ein Lightprodukt, das schwer im Magen liegt – auch wenn der Fettgehalt niedriger ist als bei herkömmlicher Teewurst.

AUSZUG AUS DER ÜBERSICHTSTABELLE VON FOODWATCH

Caritas-Microsoft Computer ABC für Frauen: Positive Bilanz nach zwei Jahren

Österreich: Seit über zwei Jahren bietet die Caritas mit Unterstützung des „Unlimited Potential“-Programms von Microsoft spezielle Computerkurse für Frauen in sozialen Notlagen an. Damit finden viele Frauen, die sonst keinen Zugang zu PC und Internet hätten, den Weg in eine für sie neue Welt. Im zweiten Jahr wurde das Projekt neben Wien auf die Diözesen Burgenland und Graz-Seckau ausgeweitet. Bis Ende 2008 haben bereits 148 Frauen die Kurse absolviert, 56 Frauen befinden sich derzeit in solchen Trainings. Die Frauen haben auch die Möglichkeit, den europäischen Computerführerschein (ECDL) zu erwerben und damit ihre Chancen am Arbeitsmarkt erheblich zu steigern.

„Wenn ein Unternehmen die Expertise und die Möglichkeiten hat, einen wichtigen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten, dann liegt es in seiner Verantwortung, das auch zu tun“, erklärt Thomas Lutz, Unternehmenssprecher und Manager Public Affairs bei Microsoft Österreich, den Grund für das konsequente Engagement des Unternehmens. „Microsoft kann besonders dann unterstützen, wenn es darum geht, benachteiligten Personengruppen Zugang zur Informations- und Wissensgesellschaft zu verschaffen. Wir wollen verhindern, dass ein `Digital Divide` entsteht, also eine Kluft zwischen Menschen, die die Vorteile der Informationstechnologien bereits nutzen und denjenigen, denen bis dato aus unterschiedlichsten Gründen der Zugang verwehrt war“, erklärt Lutz. Das Unternehmen unterstützt das Projekt von Beginn an mit finanziellen Mitteln, Laptops und Software. „Wir freuen uns über den großen Erfolg und die beständige Nachfrage“, so Lutz.

Hemmungen abbauen, Selbstbewusstsein stärken

Mehr Selbstbewusstsein, bessere Chancen bei der Arbeitssuche und der Zugang zu neuen Kommunikationsmöglichkeiten sind nur einige der Ziele der EDV-Schulungen. Ein Großteil der Teilnehmerinnen hatte zuvor keinerlei Erfahrung mit dem PC, zunächst gilt es Hemmungen abzubauen. Gearbeitet wird in kleinen Gruppen, die ein individuelles Eingehen auf die Wünsche und Bedürfnisse der Teilnehmerinnen ermöglichen. Ein spezielles Service ermöglicht auch Müttern mit Kindern die Teilnahme. Die Caritas stellt während der Kurszeiten eine kostenlose Kinderbetreuung zur Verfügung. Besonders die Möglichkeiten der Informationssuche im und die Kommunikation via Internet sind gefragte Kursinhalte. „Es ist sehr schön zu sehen, wie die Frauen Stück für Stück mehr Selbstbewusstsein im Umgang mit dem Computer ent-

wickeln und wie ihre Selbstsicherheit steigt“, erzählt Caritas-Mitarbeiterin Sophie Wögenstein, Koordinatorin und Trainee des Computer ABC in Wien. „Für viele Teilnehmerinnen ist der Kurs auch eine wichtige Möglichkeit neue Kontakte zu knüpfen, aus ihrem Umfeld herauszukommen. Hier treffen sie Frauen in ähnlichen Lebenssituationen, können Erfahrungen austauschen“, erzählt Wögenstein.

Die Kleingruppen sind bunt zusammengewürfelt, doch das gemeinsame Ziel eint die Teilnehmerinnen. Unterschiede der Kultur, Sprache oder Herkunft treten schnell in den Hintergrund, Vorurteile werden quasi nebenbei abgebaut. „Wir hatten beispielsweise eine gehörlose Teilnehmerin in einem Kurs. Die Gruppe hat sehr darauf geachtet, dass sie dem Unterricht folgen kann. Anfängliche Hemmungen oder Berührungsängste waren unglaublich schnell wie weggeblasen“. Dass das Computer ABC als große Chance und Bereicherung für die Frauen wahrgenommen wird, zeigt sich laut Wögenstein auch daran, dass „viele Frauen am Liebsten auch ihre Freundinnen mit zum Kurs nehmen würden, damit auch die davon profitieren können“. Und nicht zuletzt habe das Computer ABC bei allen Teilnehmerinnen dazu beigetragen, ihr Selbstbewusstsein zu steigern – im Umgang mit dem PC aber auch generell, so Wögenstein.

Maßgeschneidertes Kursprogramm

Das Computer ABC wurde in Zusammenarbeit mit IT-Trainern als für die Zielgruppe maßgeschneidertes Programm entwickelt. Caritas-Sozialarbeiterinnen integrieren die EDV-Schulungen in ihren Maßnahmenkatalog und beraten Frauen, für die eine Teilnahme in Frage kommt. Angesprochen werden Frauen in sozialen Notlagen, die in Caritas-Einrichtungen leben oder in Caritas-Beratungsstellen Hilfe finden. Die



„Es ist sehr schön zu sehen, wie die Frauen Stück für Stück mehr Selbstbewusstsein im Umgang mit dem Computer entwickeln und wie ihre Selbstsicherheit steigt“, erzählt Caritas-Mitarbeiterin Sophie Wögenstein.

(FOTO: CARITAS) „GESCHAFFT: FRAU R. (IM BILD MIT CARITAS-TRAINERIN SOPHIE WÖGENSTEIN) HAT BEREITS DEN COMPUTERFÜHRERSCHEIN IN DER TASCHE.“

Gesamtstundenzahl des Kurses umfasst 37 Stunden. Neben Coaching- und Trainingseinheiten werden auch Exkursionen angeboten, bei denen die Teilnehmerinnen neu erworbene Kenntnisse einsetzen können. „Begeistert hat die Frauen ein Ausflug in die Hauptbibliothek der Stadt Wien“, erzählt Wögenstein. Hier können jene Frauen, die zu Hause keinen Computer haben, die öffentlich zugänglichen PC-Arbeitsplätze nutzen.

Ausblick 2009

Auch für dieses Jahr sind wieder 25 Kurse in Wien, Graz und Eisenstadt geplant, an der rund 200 Frauen teilnehmen werden. Eine Ausweitung der Teilnehmerinnenanzahl erhofft sich die Caritas durch ihr neues zusätzliches Angebot, den "Computer-Kiosk". Das für 2009 geplante Projekt sieht Computerarbeitsplätze vor, die den Teilnehmerinnen mehr Möglichkeiten zum Üben bieten, oder auch Personen Platz bieten, die keine Chance zur Teilnahme am Kurs haben. So sollen insgesamt mehr Menschen von Projekt profitieren. Die Caritas hofft auch, durch mehr gespendeter Hardware, mehr Frauen die Teilnahme an den Kursen zu ermöglichen.

Hintergrund

200.000 Frauen in Österreich leben in akuter Armut. In zahlreichen Obdachloseneinrichtungen, Beratungsstellen und Familienzentren berät die Caritas Frauen in Notsituationen, nimmt sie auf, unterstützt sie und gewährt ihnen Zuflucht. Neben einer Aufnahme in Geborgenheit und in einer vertrauenswürdigen Umgebung benötigen diese Frauen vor allem auch einen Ausblick in eine chancenverbesserte Zukunft. Die Steigerung des Selbstbewusstseins und das Vertrauen in die eigenen Fähigkeiten stehen hierbei im Mittelpunkt. Die von

Weitere CSR-Projekte bei Microsoft Österreich

Das Engagement beim Computer ABC ist nur eines von zahlreichen Microsoft-Projekten im CSR-Bereich. Es ist Teil des „Unlimited Potential“-Programms, das zum Ziel hat, ungenützte Potenziale im Bildungsbereich zu heben und benachteiligten Personengruppen Zugang zur Informations- und Wissensgesellschaft zu verschaffen. Weitere Projekte in diesem Bereich: Die Bildungsinitiative „Schlauräuser“ zur Förderung der Sprachkompetenz von Vorschulkindern, „ECDL barrierefrei“ – der „Computerführerschein für Menschen mit Behinderungen“ oder das Projekt neuerCOMPUTING zur Reintegration von Obdachlosen in Gesellschaft und Arbeitsmarkt. Weitere Schwerpunkte setzt Microsoft im Bereich „Sicherheit im Internet“ oder bei der Unterstützung der heimischen Wirtschaft durch den EU-Fördermittelratgeber EUGA. Beim CSR-Preis TRIGOS wird Microsoft Österreich übrigens 2009 den Sonderpreis „Gleiche Chancen für Frauen und Männer“ vergeben. Bewerbungen sind noch bis 2. März 2009 möglich.

Caritas und Microsoft Österreich angebotenen Aus- und Weiterbildungsprogramme ermöglichen diese Perspektiven. Das Projekt soll nach der Pilotphase auf andere Regionen Österreichs ausgeweitet werden. ■

acatech Forschungs- und Technologierat

Bioökonomie nimmt Arbeit auf

Bei einem prognostizierten globalen Bevölkerungswachstum auf etwa neun Milliarden Menschen im Jahr 2050 wird der Druck auf primäre natürliche Ressourcen dramatisch zunehmen. Die nachhaltige Bereitstellung und Nutzung verschiedener Biomasseprodukte stellt eine enorme Herausforderung an Wirtschaft, Wissenschaft und Politik dar. Wie sehen tragfähige Konzepte der Bioökonomie aus? Wie kann die Politik dazu beitragen, Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit zu stärken? Um die Position Deutschlands im Bereich der Bioökonomie weiter auszubauen, hat acatech - Deutsche Akademie der Technikwissenschaften den Forschungs- und Technologierat Bioökonomie eingerichtet.

Den Gründungsvorsitz des Rates, der heute erstmals in Berlin zusammen gekommen ist, übernimmt Prof. Dr. Reinhard F. Hüttl, acatech Präsident und Wissenschaftlicher Vorstand des Deutschen GeoForschungsZentrums GFZ in Potsdam. Zu seinen Stellvertretern wurden Prof. Dr. Bernd Müller-Röber (Max-Planck-Institut für Molekulare Pflanzenphysiologie) und Dr. Andreas Büchting (KWS SAAT AG) gewählt. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) unterstützt die Arbeit des Bioökonomierates mit zunächst rund zwei Millionen Euro.

Das BMBF wird den Austausch mit der Bundesregierung und anderen Ressorts wie dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) koordinieren. acatech Präsident Reinhard F. Hüttl sagte zu Zielen und Zusammensetzung des Rates: „Der Bioökonomierat bringt hochrangige Persönlichkeiten aus den für bioökonomische Fragen relevanten Bereichen zusammen. Er wird vor allem Lösungsvorschläge für die Weiterentwicklung der Bioökonomie erarbeiten.“ Nach seinen Worten zeigt die Einrichtung des Rates bei acatech die gewachsene Bedeutung wissenschaftlicher Akademien in Deutschland: „Der Auftrag an acatech schafft die Voraussetzung für eine unabhängige Politikberatung in einem hoch komplexen Themenfeld.“

Bioökonomie umfasst alle Bereiche, die biologische Ressourcen boden- oder wassergebunden produzieren beziehungsweise gewinnen, verarbeiten oder direkt nutzen. Treibende Kräfte der wissenschaftsbasierten Bioökonomie sind die steigende Nachfrage nach hochwertigen Lebens- und Futtermitteln, die

Bedrohung der Biomassebereitstellung durch Klimawandel, die effiziente Nutzung biobasierter Technologien und eine stärkere Unabhängigkeit von fossilen Rohstoffen. Zusammengefasst stehen die vier „F“ für die Arbeit des Bioökonomierates: „Food, Feed, Fibre and Fuel“ (Lebens- und Futtermittel, Rohstoffe und Energie).

Dem Forschungs- und Technologierat gehören folgende Persönlichkeiten an:

- Professor Dr. Achim Bachem (Forschungszentrum Jülich)
- Dr. Helmut Born (Deutscher Bauernverband)
- Dr. Andreas Büchting (KWS SAAT AG)
- Prof. Dr. Thomas Hirth (Fraunhofer-Institut für Grenzflächen und Bioverfahrenstechniken)
- Dr. Andreas Kreimeyer (BASF SE)
- Prof. Dr. Bernd Müller-Röber (Max-Planck-Institut für Molekulare Pflanzenphysiologie)
- Prof. Dr. Manfred Schwerin (Forschungsinstitut für die Biologie landwirtschaftlicher Nutztiere)
- Prof. Dr. Carsten Thoroë (Johann Heinrich von Thünen-Institut)
- Prof. Dr. Wiltrud Treffenfeldt (Dow Chemical Company, USA)
- Prof. Dr. Fritz Vahrenholt (RWE AG)
- Prof. Dr. Joachim von Braun (International Food Policy Research Institute)
- Prof. emer. Dr. Alexander Zehnder (ETH Zürich)
- Dr. Christian Paternmann (wissenschaftspolitischer Berater Cluster Biotechnologie Nordrhein-Westfalen, als ständiger Gast)

Den Forschungs- und Technologierat Bioökonomie hat das acatech Präsidium für zunächst drei Jahre berufen. Der Rat soll für den Bereich Bioökonomie perspektivisch relevante Forschungsinhalte identifizieren und daraus effiziente Forschungsstrukturen ableiten. So sollen die Rahmenbedingungen für Technologie-Entwicklung und Nachwuchsförderung verbessert, die Entwicklung und Verbreitung innovativer Technologien beschleunigt und zukünftiger Forschungsbedarf ermittelt werden. Eine weitere Aufgabe ist die Analyse von Forschungspotenzialen und wissenschaftsstrategischen Ziel-

setzungen auf Bund- und Länderebene sowie im Bereich der EU und anderer Partnerstaaten.

Über acatech – Deutsche Akademie der Technikwissenschaften

acatech – DEUTSCHE AKADEMIE DER TECHNIKWISSENSCHAFTEN vertritt die Interessen der deutschen Technikwissenschaften im In- und Ausland in selbstbestimmter, unabhängiger und gemeinwohlorientierter Weise. Als Arbeitsakademie berät acatech Politik und Gesellschaft in technikwissenschaftlichen und technologiepolitischen Zukunftsfragen auf dem besten Stand des Wissens. Darüber hinaus hat es sich

acatech zum Ziel gesetzt, den Wissenstransfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zu unterstützen und den technikwissenschaftlichen Nachwuchs zu fördern. ■

Weitere Informationen unter

www.acatech.de

... **Solidarische Ökonomie** ...

Solidarische Ökonomie Kongress 2009

20. bis 22. Februar

- Freitag ab 11 h
- Samstag ab 10 h
- Sonntag ab 11 h

Peter-Jordan-Straße 82, 1180 Wien
www.solidarische-oekonomie.at

Solidarität als gegenseitige Unterstützung und eine Ökonomie, die sich an den menschlichen Bedürfnissen orientiert und nicht umgekehrt.



Generationendialog in der Praxis – Bürger initiieren Nachhaltigkeit

Endspurt im Wettbewerb zum bürgerschaftlichen Engagement

Der von der Bundesregierung gemeinsam mit dem Rat für Nachhaltige Entwicklung veranstaltete Wettbewerb „Generationendialog in der Praxis – Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ geht in die Endphase.

In den vergangenen zwei Monaten haben sich bereits zahlreiche zivilgesellschaftliche Initiativen um die mit insgesamt 100.000 € dotierten Preise beworben. Weitere Bewerbungen sind willkommen!

Der Wettbewerb richtet sich vorrangig an zivilgesellschaftlichen Akteure, die in generationenübergreifenden Zusammenhängen agieren. Darüber hinaus können sich auch Projekte bewerben, die sich prinzipiell auf die Handlungsfelder der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie beziehen.

Hierbei kann es sich beispielsweise um Privatpersonen, Stadtteilgruppen, Vereine, Selbsthilfegruppen, örtliche Bildungsträger, regionalwirtschaftliche Kooperationen, Umweltgruppen, Verbraucherschützer, Kulturinitiativen, Bürgerstiftungen, Kirchen oder Gewerkschaften handeln.

Die Projekte können beispielsweise folgende Themen zum Gegenstand haben:

- Verbesserung der Perspektiven für Familien, Kinder und Jugendliche
- Abwanderung und Alterung, insbesondere im ländlichen Raum und den neuen Bundesländern
- Bedarfsgerechten Anpassung der technischen und sozialen Infrastruktur an den demografischen Wandel
- Initiativen zum Mehrgenerationen-Wohnen und zur Verbesserung des Wohnumfeldes
- Stärkung öffentlicher Personentransportsysteme
- Umwelt- und Klimaschutz sowie Nachhaltigkeit beim Bauen

Mit dem Wettbewerb soll das vielfältige ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger honoriert und gestärkt werden. Er richtet sich an alle, die in ihrer Stadt, Kommu-

ne oder Region neue Anstöße für eine nachhaltige Entwicklung geben. Das besondere Augenmerk liegt auf Projekten, die den Zusammenhalt zwischen den Generationen stärken. Dem Dialog und dem Miteinander der Generationen kommen in Hinblick auf die Zukunftsfähigkeit Deutschlands und vor dem Hintergrund des demografischen Wandels besondere Bedeutung zu.

HINTERGRUND

Der Wettbewerb geht auf eine Anregung des Rates für Nachhaltige Entwicklung zurück. Der Nachhaltigkeitsrat berät die Bundesregierung in Fragen der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie. In diesem Zusammenhang wird das ehrenamtliche Engagement zivilgesellschaftlicher Akteure, insbesondere auf regionaler und lokaler Ebene, immer bedeutsamer.

PREIS

Insgesamt ist eine Preissumme von € 100.000,- vorgesehen, die auf bis zu 50 vorbildliche Projekte aufgeteilt werden soll. Die Preisverleihung findet in einem dem Anlass angemessenen feierlichen Rahmen in Berlin statt.

Die Teilnahme ist noch bis zum 15. März 2009 möglich.

Infos und Bewerbungsunterlagen:

<http://www.nachhaltigkeitsrat.de/projekte/eigene-projekte/bin/>

Die Sieger werden Ende Mai 2009 über ihre Prämierung informiert. ■

KAMPAGNE: Kein Kohlekraftwerk in Berlin!

Himmel über Berlin in Gefahr

Berliner Initiativen und Organisationen starten gemeinsame Protestaktion gegen den Bau eines Kohlekraftwerkes mitten in Berlin durch Vattenfall. Der Himmel über Berlin soll nicht mehr blau sein?

Zahlreiche Berliner Initiativen und Organisationen haben sich gegen den Bau eines neuen Kohlekraftwerks in Berlin ausgesprochen. Darunter die Bürgerinitiative „Nein zum Kohlekraftwerk“ in Lichtenberg, die Deutsche Umwelthilfe, das bundesweite Bündnis der Klima-Allianz, die Entwicklungsorganisation WEED sowie der BUND Berlin. Aufgrund des fehlenden gesellschaftlichen und politischen Rückhalts überdenkt der schwedische Energiekonzern Vattenfall hinter verschlossenen Türen derzeit seine ursprünglichen Pläne für den Bau eines neuen Kohlekraftwerks.

Die Verbände fordern eine breite öffentliche Diskussion und stellten eine neue Online-Unterschriftenaktion vor, die Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD) zu einer klaren Absage an entsprechende Pläne des Energiekonzerns Vattenfall auffordert.

Für Februar hat der Energiekonzern Vattenfall die Vorstellung eines überarbeiteten Energiekonzepts für Berlin angekündigt. Andreas Jarfe, Landesgeschäftsführer des BUND, sagte: „Alle Anzeichen sprechen dafür, dass Vattenfall am Neubau eines Kohlekraftwerks in Berlin-Lichtenberg festhalten wird. Vattenfalls Taktik wird es sein, eine stinkende Zigarre namens Kohlekraftwerk in einem Blumenstrauß klimafreundlicher Maßnahmen zu verpacken. Dies lehnen wir ab, denn ein Kohlekraftwerk egal welcher Größenordnung passt nicht in eine klima- und zukunftsorientierte Energiestrategie Berlins.“

„Die Zeit sollte auch für Vattenfall reif sein, das Stein(-kohle)zeitalter zu verlassen“, ergänzte Mike Kess, Sprecher der Bürgerinitiative „Nein zum Kohlekraftwerk“. Zum einen könne der Wärmebedarf von Lichtenberg laut eigener Aussage von Vattenfall bis mindestens 2020 über das bestehende Heizkraftwerk gedeckt werden.



Zum anderen bliebe so genügend Zeit, alternative Kapazitäten bereitzustellen. „Vattenfall soll die Diskussion um die Energieversorgung mit den Berlinerinnen und Berlinern führen, und nicht hinter verschlossenen Türen“. Peter Fuchs von der Entwicklungsorganisation WEED (Weltwirtschaft, Ökologie und Entwicklung) betonte: „Der Klimawandel ist schon heute brutale Realität. Mehr Kohlestrom in Berlin trägt bei zu mehr Wetterextremen, Wassermangel und Hungerkrisen in Entwicklungsländern. Ein weiteres Kohlekraftwerk wäre daher global unverantwortlich und widerspräche internationaler Klimagerechtigkeit.“

Jürgen Quentin, Projektmanager der Deutschen Umwelthilfe ergänzte, die Berliner Politik, müsse die vorhandenen politischen Spielräume nutzen und „die Weichen für eine klimafreundliche und nachhaltige Wärme- und Energieversorgung der Zukunft jetzt richtig stellen.“

Alle Berlinerinnen und Berliner können ab sofort auf www.berlin-sagt-nein.de den Regierenden Bürgermeister Wowereit auffordern, den Plänen von Vattenfall einen Riegel vorzuschieben und ein neues Kohlekraftwerk zu verhindern. „Wir können gemeinsam ein wichtiges Zeichen für eine andere Energiepolitik in der Hauptstadt setzen.“ unterstrich Daniela Setton von der Anti-Kohle-Kampagne der Klima-Allianz. ■

EU-Zwischenprognosen für 2009-2010: deutliche Konjunkturabschwächung, aber leichte Erholung noch vor Jahresende 2009

Das BIP-Wachstum in der Europäischen Union dürfte 2009 um 1,8 % zurückgehen, bevor es sich 2010 wieder leicht erholt und auf 0,5 % ansteigt. Diese Zahlen verdeutlichen die Auswirkungen der verschärften Finanzkrise auf die Realwirtschaft, die zu einem schweren Einbruch des Welthandels und der Industrieproduktion sowie in einigen Ländern zu Korrekturen am Immobilienmarkt und damit zu einem globalen Abschwung geführt haben. Entlastungen werden jedoch vom Staatskonsum und von den öffentlichen Investitionen erwartet. Auch dürfte der nachlassende Inflationsdruck den Privatkonsum stützen. Die seit August 2008 angekündigten diskretionären haushaltspolitischen Maßnahmen werden den Rückgang des BIP-Wachstums in diesem Jahr um etwa $\frac{3}{4}$ Prozentpunkte abbremsen. Über den Prognosezeitraum wird sich der dramatische Konjunkturinbruch auf dem Arbeitsmarkt und bei den öffentlichen Finanzen deutlich bemerkbar machen. **19. JANUAR 2009**

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/67&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Kommission stellt europäische Datenbank über Finanzwissen ins Netz

Die Europäische Kommission stellt ab heute auf der Website „Europa“ eine neue europäische Datenbank über Finanzwissen, kurz: EDFE (European Database for Financial Education), zur Verfügung. Darin sind die zahlreichen Bildungsprogramme im Bereich Finanzwissen enthalten, die in der Europäischen Union von öffentlichen und privaten Instituten angeboten werden. Die Datenbank EDFE enthält standardisierte Informationen über Bildungsprogramme und Forschungsprojekte und steht allen Providern und potenziellen Nutzern offen. Indem die Kommission den Zugang zu bestehenden Initiativen erleichtert, will sie dazu beitragen, das Finanzwissen der Verbraucher und Finanzdienstleistungsnutzer zu verbessern.

19. JANUAR 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/69&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Künftige Prioritäten im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht – Die Meinung der Bürger zählt

Die Europäische Kommission präsentiert die Ergebnisse einer öffentlichen Konsultation, bei der es um die künftigen Prioritäten im Bereich Freiheit, Sicherheit und Recht für die Jahre 2010-2014 und eine Eurobarometer-Umfrage geht, die Auskunft darüber geben sollte, wie viel die Bürger über die wichtigsten Maßnahmen in diesem Bereich wissen. **19. JANUAR 2009**

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/70&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Austrian Airlines: Kommission genehmigt Rettungsbeihilfe

Die Kommission hat heute entschieden, eine Rettungsbeihilfe für das österreichische nationale Luftfahrtunternehmen Austrian Airlines zu genehmigen. Die Beihilfe wird in Form einer Darlehensbürgschaft über 200 Mio. EUR gewährt. Damit soll der weitere Betrieb des Unternehmens gesichert werden, bis die Kommission zum möglichen Vorliegen staatlicher Beihilfen im Zusammenhang mit der Privatisierung des Unternehmens Stellung nehmen kann. **19. JÄNNER 2009**

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/74&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Koordinierungsgruppe „Erdgas“: Solidarität funktioniert – EU-Gasmarkt passt sich Herausforderungen der Gaskrise an

Aufgrund der von Mitgliedstaaten und Unternehmen in der EU getroffenen Maßnahmen zur Begrenzung der Folgen der Gaskrise konnten die meisten Länder die Situation in einer Weise meistern, die für die Verbraucher mit den geringsten Beeinträchtigungen verbunden war. Bulgarien ist nach wie vor am stärksten betroffen. Allerdings wurden Maßnahmen für den Gastransport von Griechenland nach Bulgarien vorgeschlagen.

19. JÄNNER 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/75&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Hilfe der Europäischen Kommission zugunsten Georgiens seit der Krise 2008 erreicht 120 Mio. EUR

Bei ihrem Besuch in Georgien am 20. Januar wird die für Außenbeziehungen und die Europäische Nachbarschaftspolitik zuständige EU-Kommissarin Benita Ferrero-Waldner gegenüber Staatspräsident Saakaschwili die Freigabe weiterer EU-Mittel in Höhe von 61,5 Mio. EUR für Maßnahmen zur Bewältigung der Folgen der Krise im vergangenen Jahr ankündigen. Damit erreicht die bisher geleistete Hilfe insgesamt knapp 120 Mio. EUR. Diese Mittel dienen vor allem dazu, die Bedürfnisse der Menschen, die bei den Konflikten der neunziger Jahre und bei der Krise vom August 2008 vertrieben wurden, zu befriedigen und deren Wiedereingliederung zu unterstützen. Während ihres Besuchs wird die Kommissarin in einem mit Mitteln der Kommission renovierten Aufnahmezentrum für Binnenvertriebene in Tiflis einige derjenigen treffen, die ihre Heimatorte verlassen mussten. Die angekündigten Mittel sind Teil des mit bis zu 500 Mio. EUR ausgestatteten "Wachstums- und Stabilisierungspakets für Georgien" für die Jahre 2008-2010, das die Europäische Kommission im Anschluss an den Konflikt im vergangenen Jahr zugesagt hat.

20. JANUAR 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/78&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Förderung der sozialen Innovation - Dialog mit Präsident Barroso

Im Anschluss an einen Workshop über soziale Innovation, den das Beratergremium für europäische Politik (BEPa) organisiert hat, führte Präsident Barroso heute in Brüssel mit Experten und Interessenvertretern weitere Gespräche zu diesem Thema. Dabei sollten neue Mittel und Wege erkundet werden, wie der Bereich „soziale Innovation“ in der erneuerten Sozialagenda stärker gefördert werden kann. Mit dieser Agenda ist der Aufbau eines sozialen Europas wieder in den politischen Mittelpunkt der Barroso-Kommission gerückt. Die Kommissare Špidla und Hübner nahmen ebenfalls an dem Workshop teil.

20. JÄNNER 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/81&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=de>

Gefahrenabwehr im Seeverkehr: Wie kann der Seeverkehr vor Piraterie geschützt werden?

Der Seeverkehr als Zielscheibe von Piratenangriffen und bewaffneten Überfällen – dies ist Thema eines Seminars, das heute von der Europäischen Kommission veranstaltet wird und bei dem gemeinsame Reflexionen über Möglichkeiten der Prävention, der Abschreckung und des Schutzes vor dieser realen Bedrohung sowie ihrer Bekämpfung angestellt werden sollen.

21. JANUAR 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/83&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Kommission präsentiert strategische Ziele der europäischen Seeverkehrspolitik bis 2018

Die Europäische Kommission hat heute eine umfassende Strategie für die kommenden 10 Jahre zur Förderung eines sicheren, sauberen und effizienten Seeverkehrs vorgestellt. Zentrale Anliegen dieses Strategieplans sind die langfristige Wettbewerbsfähigkeit des europäischen Seeverkehrs und der zugehörigen maritimen Industrien auf den Weltmärkten sowie die Vorbereitung des gesamten Seeverkehrssystems auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. **21. JANUAR 2009**

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/84&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Europäischer Seeverkehrsraum ohne Grenzen

Die Europäische Kommission hat heute einen Aktionsplan zur Errichtung eines Europäischen Seeverkehrsraums ohne Grenzen verabschiedet. Diese Aktionen umfassen verschiedene Legislativmaßnahmen, unter anderem einen Vorschlag zur Vereinfachung der aufgrund gemeinschaftlicher Rechtsvorschriften erforderlichen Verwaltungsformalitäten und Empfehlungen an die Mitgliedstaaten zur Reduzierung des Verwaltungsaufwands für die Unternehmen des Seeverkehrsgewerbes. **21. JANUAR 2009**

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/85&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Europäische Gruppe für Ethik (EGE) fordert von Kommission Ethikgrundsätze in der Agrarpolitik

Die Europäische Gruppe für Ethik (EGE) traf sich heute mit Mariann Fischer Boel, EU-Kommissarin für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, um ihr die Hauptempfehlungen zu erläutern, die in der Stellungnahme der Gruppe zu den ethischen Auswirkungen der modernen Entwicklungen in der Agrartechnologie formuliert wurden. **21. JANUAR 2009**

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/86&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Europäisches Jahr der Kreativität und Innovation 2009: erste Veranstaltung mit dem Schwerpunkt Kunst

Am 20. Januar organisierten der Europäische Verband der Konservatorien, Musikakademien und Musikhochschulen (AEC) und die Europäische Liga der Institutionen der Künste (ELIA) im Rahmen des Europäischen Jahres der Kreativität und Innovation 2009 die erste Veranstaltung mit künstlerischem Schwerpunkt. In den Empfehlungen, die die beiden Organisationen dabei an die Institutionen und Mitgliedstaaten der EU richteten, geht es vor allem um die Rolle der Kunsterziehung während des Europäischen Jahres 2009, aber auch in den Folgejahren. **21. JÄNNER 2009**

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/87&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Kommissionsbericht: Europa muss die Krebsfrüherkennung verstärken

Krebs ist die zweithäufigste Todesursache in der Europäischen Union. Brust-, Gebärmutterhals- und Darmkrebs sind für 32 % der Krebstodesfälle bei Frauen und Darmkrebs für 11 % der Krebstodesfälle bei Männern verantwortlich. Angesichts einer immer älter werdende Bevölkerung werden sich diese Zahlen noch erhöhen, wenn keine Vorsorgemaßnahmen zur Verringerung der Krebstodesfälle ergriffen werden. Die Europäische Union ist eine gemeinsame Verpflichtung zu gründlichen Vorsorgeuntersuchungen für Brust-, Gebärmutterhals- und Darmkrebs eingegangen, wie in der Empfehlung des Rates vom 2. Dezember 2003 zur Krebsfrüherkennung (2003/878/EG) deutlich wird. Im ersten Durchführungsbericht betont die Kommission, dass zwar große Fortschritte bei der Krebsfrüherkennung gemacht wurden, die Mitgliedstaaten eine entsprechende Krebsfrüherkennung aber noch nicht vollständig umgesetzt haben. In der EU finden weniger als die Hälfte der empfohlenen Mindestzahl von Untersuchungen pro Jahr statt. Durch eine klare Beschreibung der Situation und der Lücken hilft dieser Bericht mit, das Engagement für die Vorsorgeuntersuchung auf Brust-, Gebärmutterhals- und Darmkrebs als zentrale und kostenwirksame Maßnahme zur Reduzierung der Krebsbelastung in der Europäischen Union zu erneuern.

22. JÄNNER 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/113&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Staatliche Beihilfen: Kommission genehmigt 6,7 Mrd. EUR Garantie für die SdB – Sicherungseinrichtungsgesellschaft deutscher Banken mbH

Die Europäische Kommission hat eine 6,7 Mrd. EUR SoFFin-Garantie für die SdB – Sicherungseinrichtungsgesellschaft deutscher Banken, ein Finanzinstitut des deutschen privaten Bankensektors, nach den EU-Beihilfavorschriften genehmigt. Die Massnahme soll den deutschen Einlagensicherungsfonds unterstützen und künftig eingehende Zahlungen aus den Insolvenzmassen der Lehman Brothers Gesellschaften vorfinanzieren. Die Kommission ist zu dem Ergebnis gekommen, dass die Maßnahme mit den Leitlinien der Kommission für Beihilfen zur Bewältigung der aktuellen Bankenkrise (siehe IP/08/1495) im Einklang steht. Die Garantie ist notwendig, um eine beträchtliche Störung im Wirtschaftsleben Deutschlands zu vermeiden und die Stabilität des deutschen Bankensektors zu sichern ohne unverhältnismäßige Wettbewerbsverzerrungen zu verursachen. Sie ist daher mit Artikel 87 Absatz 3 Buchstabe b EG-Vertrag vereinbar.

22. JANUAR 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/114&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Attraktiverer europäischer Forschungsraum, aber stagnierende FuE-Intensität: kein Zeitpunkt für ein Nachlassen der Anstrengungen!

Der heute veröffentlichte Bericht über die wichtigsten Zahlen für die Bereiche Wissenschaft, Technologie und Wettbewerbsfähigkeit (Key Figures 2008) enthält zum ersten Mal einen Überblick über die Fortschritte bei den FuE-Investitionen der EU sowie bei der Verwirklichung des Europäischen Forschungsraums (EFR) zwischen 2000 und 2006. Er zeigt, dass die Zahl der in Europa tätigen Forscher zunimmt und dass die EU für ausländische Forscher und für private FuE-Investitionen aus den USA attraktiver wird. Allerdings unterminiert die Stagnation der FuE-Intensität der EU-27 (FuE-Ausgaben in Prozent des BIP) bei 1,84% das Ziel der EU, eine global wettbewerbsfähige wissensbasierte Gesellschaft aufzubauen. Trotz höherer Forschungsinvestitionen in vielen Mitgliedstaaten und besserer Effizienz ihrer Forschungssysteme ist die EU noch immer weit entfernt von ihrem Lissabonner Ziel, 3% des BIP in FuE zu investieren. Ein nach wie vor niedriger Stand bei den FuE-Investitionen der Unternehmen sowie die durch einen kleineren High-Tech-Sektor als in den USA geprägte Industrielandschaft der EU beeinträchtigen den Fortschritt. Der ebenfalls jetzt veröffentlichte Innovationsanzeiger 2008 enthält detaillierte Angaben zur Innovationsleistung der EU. Beide Berichte zeigen, dass die EU ihre Industriestruktur verändern, die Innovation dynamisieren und eine intensivere und bessere Nutzung der FuE erreichen muss.

22. JÄNNER 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/92&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Kommission setzt europäische Höchstleistungsrechner in den Dienst nachhaltiger Energiequellen

Die Kooperation zwischen Wissenschaftlern, die die Erschließung einer neuen, nachhaltigen und mit einem enormen Potenzial verbundenen Energiequelle erforschen, und europäischen Höchstleistungsrechenzentren verspricht die Arbeiten zu beschleunigen, mit deren Hilfe der Energiebedarf der Erde gedeckt werden könnte. Die Europäische Kommission gab heute bekannt, dass Wissenschaftler in ganz Europa, die auf dem Gebiet der Kernfusion tätig sind (bei der Kernfusion wird Energie – ähnlich dem Prozess in der Sonne – durch die Verschmelzung von Atomkernen gewonnen), einen speziellen Zugang zum Netz der leistungsstärksten nationalen Superrechner Europas (DEISA) erhalten. Dadurch können sie komplexe Arbeitsabläufe wie den Betrieb eines Fusionsreaktors simulieren. DEISA, ein europäischer Verbund für verteiltes Höchstleistungsrechnen, verwendet das weltweit größte Rechnernetz GÉANT (MEMO/08/133) für die gemeinsame Nutzung riesiger Datenmengen sowie der Rechnerleistung europäischer Supercomputer. Im Zeitraum 2004-2011 erhält das Projekt 26 Mio. Euro von der EU. Die Wissenschaftler nehmen an dem laufenden weltweiten Forschungsprojekt ITER (lat.: ‚der Weg‘) teil, bei dem das Potenzial der Fusionsenergie als saubere, sichere und dauerhafte Energiequelle nachgewiesen werden soll. Mögliche Fusionsbrennstoffquellen sind nahezu überall vorhanden; ein Gramm des Brennstoffs könnte so viel Energie wie 11 Tonnen Kohle freisetzen. Die Kommission fördert den Zugang von Forschern zu den europäischen Höchstleistungsrechnern, um einen Beitrag zu den Arbeiten im Rahmen des internationalen Experimentalreaktors ITER zu leisten, der in Frankreich entsteht.

23. JÄNNER 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/117&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

EU fördert Investitionen für Infrastrukturprojekte in den Nachbarstaaten

Bereits ein Jahr nach ihrer Einführung kann die Nachbarschaftsinvestitionsfazilität (NIF) beachtliche Erfolge vorweisen und hat maßgeblich zur Mobilisierung von Mitteln für Infrastrukturprojekte in den EU-Nachbarländern beigetragen. So wurden mit den 71 Mio. EUR, die 2008 als Zuschüsse aus der Fazilität bereitgestellt wurden, Projekte im Wert von 2,7 Mrd. EUR gefördert. Davon wurden 1,6 Mrd. EUR über Darlehen der europäischen öffentlichen Finanzinstitutionen wie der Europäischen Investitionsbank (EIB), der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBWE), der Entwicklungsbank des Europarats (CEB), der Agence Française de Développement (AFD) und der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) finanziert.

23. JANUAR 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/118&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Verhandlungen der EU und Zentralamerikas über Assoziierungsabkommen

Die Europäische Kommission nimmt vom 26. - 30. Januar 2009 in Brüssel an der sechsten Verhandlungsrunde mit den zentralamerikanischen Ländern[1] teil, deren Ziel ein Assoziierungsabkommen zwischen der EU und Zentralamerika ist. Darüber hinaus hat die Kommission ein Hilfspaket in Höhe von 15 Mio. EUR zur Förderung der regionalen Institutionen in Zentralamerika und der Teilnahme der Zivilgesellschaft an diesem Prozess angekündigt. Beide Seiten beabsichtigen, ein umfassendes Abkommen abzuschließen, das u. a. die Schaffung einer Freihandelszone zwischen der EU und Zentralamerika zum Ziel hat. Das dritte EU-Zentralamerika-Forum der Privatwirtschaft, das von EUROCHAMBERS, FECAEXCA/CECA[2] und CENCIT[3] gemeinsam organisiert wird, findet am 27. Januar 2009 vormittags statt. Es bietet den Vertretern des Privatsektors beider Regionen die Möglichkeit, sich miteinander auszutauschen.

23. JÄNNER 2009

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/119&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Verbraucherschutz: Europäische Kommission setzt Experten auf die gesundheitsschädigende Wirkung von MP3-Playern an

Die EU-Kommissarin für Verbraucherschutz, Meglena Kuneva, wird sich am 27. Januar auf einer Konferenz in Brüssel dazu äußern, wie die Nutzer tragbarer Abspielgeräte besser vor den von diesen ausgehenden Gesundheitsrisiken geschützt werden können. Im Oktober des letzten Jahres hatte der Wissenschaftliche Ausschuss der EU „Neu auftretende und neu identifizierte Gesundheitsrisiken“ (SCENIHR) in einem Gutachten festgestellt, dass 5 bis 10 % der Nutzer solcher Geräte irreversible Hörschäden erleiden können, wenn sie über einen Zeitraum von mindestens 5 Jahren hinweg mehr als eine Stunde pro Tag mit hoher Lautstärkeinstellung Musik hören. Auf der Konferenz werden Experten aus den EU-Mitgliedstaaten, Wissenschaftler, Vertreter der Wirtschaft, von Verbraucherorganisationen und Normungsgremien, Abgeordnete des Europäischen Parlaments und andere Akteure sich mit folgenden Fragen befassen: Wie können sich die Nutzer selbst schützen, wie kann die Industrie auf technischem Wege das Risiko von Hörschäden senken und inwieweit müssen neue Vorschriften erlassen bzw. die bestehenden Sicherheitsnormen geändert werden, damit die Verbraucher besser geschützt sind? **23. JÄNNER 2009**

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/120&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Digitale Fahrtenschreiber: neue Maßnahmen zur Betrugsbekämpfung und Vorschriften zur Ausrüstung leichter Fahrzeuge

Die Europäische Kommission hat heute ein Bündel von Maßnahmen zur Entdeckung und Verhinderung von Manipulationen des zur Aufzeichnung der Lenk- und Ruhezeiten von Berufskraftfahrern eingesetzten Fahrtenschreibersystems angenommen. Die neuen Rechtsvorschriften erlauben daneben die Nutzung spezieller bauartgeprüfter Adapter für leichte Fahrzeuge, die zur Einhaltung der Lenkzeiten- und Fahrtenschreiberbestimmungen verpflichtet sind. **23. JANUAR 2009**

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/80&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Mitgliedstaaten unterstützen die Europäische Kommission bei der Finanzierung von Infrastrukturprojekten in EU-Nachbarstaaten

Mit der Unterzeichnung des „Übereinkommens über den NIF-Treuhandfonds“ am Rande der Tagung des Rates „Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen“ am 26. Januar 2009 erhalten die EU-Mitgliedstaaten die Möglichkeit, zusätzliche Mittel für die Nachbarschaftsinvestitionsfazilität (NIF) bereitzustellen, die ein zentrales Instrument der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) ist. Sie können fortan ihre bilateralen Beiträge zur Finanzierung von Infrastrukturprojekten in den östlichen und südlichen Nachbarstaaten der Europäischen Union in diesen Treuhandfonds einzahlen, der zu diesem Zweck von der Europäischen Investitionsbank aufgelegt wurde. 2008 wurden von 15 Mitgliedstaaten auf bilateraler Ebene bereits 37 Mio. EUR zugesagt. Diese Beiträge ergänzen die EU-Haushaltsmittel in Höhe von 100 Mio. EUR. **26. JÄNNER 2009**

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/09/128&format=HTML&aged=0&language=DE&guiLanguage=en>

Europas Innovationsleistung stark verbessert

Der heute veröffentlichte Europäische Innovationsanzeiger 2008 lässt erkennen, dass die Innovationsleistung der EU sich bis zum Beginn der Finanzkrise deutlich verbessert hat. Der Innovationsrückstand gegenüber den USA und Japan hat sich verringert, was vor allem auf die sehr guten Ergebnisse in neuen Mitgliedstaaten wie Bulgarien, Rumänien und Zypern zurückzuführen ist. EU-weit wurden besondere Verbesserungen in den Bereichen Fachkräfte und Innovationsfinanzierung erzielt. Die Investitionen der europäischen Unternehmen bleiben allerdings relativ niedrig, vor allem im Vergleich mit den USA und Japan. In dem Bericht „Forschung, Technologie und Wettbewerbsfähigkeit 2008“ findet sich eine eingehendere Analyse der Trends in der öffentlichen und privaten Forschung und Entwicklung, der technologischen Leistungen und der Fortschritte bei der Verwirklichung des Europäischen Forschungsraumes.

„In Krisenzeiten dürfen Forschungsinvestitionen und Innovationstätigkeit nicht nachlassen. Sie müssen unvermindert aufrechterhalten werden, wenn Europa aus der Wirtschaftskrise gestärkt hervorgehen und die Probleme des Klimawandels und der Globalisierung bewältigen will. Die EU hat einiges zu bieten, u. a. einen zunehmend attraktiven europäischen Forschungsraum und wachsende Innovationsfähigkeit. Es bleibt aber noch einiges zu tun. Vor allem muss das zu niedrige Investitionsniveau der Unternehmen angehoben werden. Die Initiativen der Kommission zur Verbesserung der Forschungseffizienz der EU, zur Innovationsförderung und zur Entwicklung von Märkten für Hochtechnologieprodukte bringen die EU auf den richtigen Weg.“, so Kommissi-

onsvizepräsident Günter Verheugen, zuständig für Unternehmens- und Industriepolitik, und Kommissar Janez Potočnik, zuständig für Forschung.

Dem Bericht zufolge lassen sich die europäischen Länder nach ihrem Leistungsniveau in vier Gruppen einteilen. So gut wie alle haben Verbesserungen erzielt, jedoch in unterschiedlichem Maße.

- Die **Führungsgruppe** bilden die Schweiz, Schweden, Finnland, Deutschland, Dänemark und Großbritannien. Ihre Innovationsleistung liegt deutlich über dem EU-Durchschnitt. In dieser Gruppe sind die Schweiz und Deutschland die Länder mit der am schnellsten wachsenden Leistung.
- Die **Verfolger** sind Österreich, Irland, Luxemburg, Belgien, Frankreich und die Niederlande. Ihre Innovationsleistung liegt über dem EU-Durchschnitt. In dieser Gruppe verzeichnet Irland die rascheste Leistungssteigerung, gefolgt von Österreich.
- Die **gemäßigt innovativen Länder** sind Zypern, Island, Estland, Slowenien, die Tschechische Republik, Norwegen, Spanien, Portugal, Griechenland und Italien. Ihre Innovationsleistung liegt unter dem EU-Durchschnitt. Die Leistung Zyperns liegt deutlich über dem Durchschnitt dieser Gruppe, auf dem zweiten Platz folgt Portugal.
- Die **Aufholländer** sind Malta, Ungarn, die Slowakei, Polen, Litauen, Kroatien, Rumänien, Lettland, Bulgarien und die Türkei. Ihre Innovationsleistung liegt



22. JÄNNER 2009

deutlich unter dem EU-Durchschnitt. Die meisten dieser Länder haben aber zugelegt, Bulgarien und Rumänien am meisten.

Zur individuellen Innovationsleistung aller 27 Mitgliedstaaten siehe MEMO/09/18.

INNOVATIONSLEISTUNG (ZUSAMMENFASSENDE INNOVATIONSINDEX 2008)



Anmerkung: In den zusammenfassenden Innovationsindex fließen 29 Indikatoren ein, für die eine Leistungsziffer zwischen 0 (niedrigstes Leistungsniveau) und 1 (höchstes Leistungsniveau) bestimmt wird. Wegen verzögerter Datenübermittlung gibt der 2008 veröffentlichte Index die Leistung der Jahre 2006/2007 wieder.

Der Rückstand gegenüber den USA und Japan wird kleiner

Die Daten für die gesamte EU lassen erkennen, dass sowohl absolut (in den vergangenen Jahren) als auch relativ (im Vergleich mit den USA und Japan) deutliche Verbesserungen erzielt worden sind. Der Vergleich mit einer größeren Zahl von Ländern zeigt auch, dass die EU gegenüber Schwellenländern recht gut dasteht. Besonders deutlich sind die Verbesserungen bei Fachkräften (Graduierte, Bildung im tertiären Bereich) Zugang zu Breitbandnetzen und Verfügbarkeit von Risikokapital. Schwächen bestehen weiterhin bei den Investitionen der Unternehmen, wo die EU hinter den USA und Japan zurückfällt, und bei den Ausgaben für Forschung, Entwicklung und Informationstechnik. Und obwohl in dem Bericht auf die Bedeutung nichttechnischer Innovation (etwa in Ausbildung, Design, Marketing und Betriebsausstattung) verwiesen wird, sind die Ausgaben der Unternehmen in der EU hierfür zurückgegangen.

Krisenbewältigung durch Innovation

Im Innovationsanzeiger werden Daten aus der Zeit vor der Finanzkrise analysiert. Die Daten deuten jedoch auf seinerzeit

schon bestehende Trends, Stärken und Schwächen hin, die bei der Bewältigung der heutigen Situation beachtet werden müssen. Dank der vor der Krise in der EU erzielten Fortschritte sind die europäischen Unternehmen jetzt besser dafür gerüstet, die Krise durch Innovation zu bewältigen. Ihr gegenüber den Hauptkonkurrenten anhaltend zu niedriges Investitionsniveau ist aber eine Schwäche, die behoben werden muss, u. a. durch neue Maßnahmen zur öffentlichen Förderung innovativer Unternehmen wie die Leitmarktinitiative (siehe IP/08/12), die die Nachfrage nach neuen Produkten und Dienstleistungen fördert.

Weitere Erkenntnisse liefert der gleichzeitig mit dem Innovationsanzeiger veröffentlichte Innovationsfortschrittsbericht mit Analysen der Innovationspolitik der einzelnen Länder durch unabhängige

Sachverständige. Er ist von der Website der PRO INNO-Initiative abrufbar. Ihm zufolge geht der Trend zur Förderung innovativer Neugründungen und von Unternehmen, deren Strategie auf die Bewältigung neuer Probleme wie Klimawandel und Steigerung der Ressourcenproduktivität gerichtet ist.

Die Europäische Kommission nutzt die Erkenntnisse dieser Berichte, um die Wirkung ihrer derzeitigen Innovationspolitik zu bewerten und Prioritäten für die Zukunft festzulegen.

Hintergrundinformation:

Der Europäische Innovationsanzeiger wird im Auftrag der Generaldirektion Unternehmen und Industrie der Europäischen Kommission vom Maastricht Economic and social Research and training centre on Innovation and Technology (UNU-MERIT) ausgearbeitet, der Innovationsfortschrittsbericht von einem Sachverständigenkonsortium unter Führung der University of Athens and Technopolis Group.

Der vollständige Bericht ist abrufbar unter

<http://www.proinno-europe.eu/metrics> wird von der Europäischen Kommission mitfinanziert und in enger Abstimmung mit den Nationalen Statistischen Ämtern aller EU-Mitgliedstaaten verwaltet. ■

Weitere Informationen:

http://ec.europa.eu/gmes/index_en.htm

Finanzmärkte:

Kommission stärkt Aufsichtsausschüsse und Gremien für die Standardsetzung in den Bereichen Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Die Europäische Kommission hat zur Verstärkung des Aufsichtsrahmens für die EU-Finanzmärkte eine Reihe von Beschlüssen gefasst, die die Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden verbessern, für größere Konvergenz der Aufsichtspraktiken zwischen den Mitgliedstaaten sorgen und die Stabilität des Finanzsystems erhöhen sollen. In diesen Beschlüssen wird für die drei Aufsichtsausschüsse für den Wertpapier-[1], den Banken-[2] bzw. den Versicherungssektor[3] ein klarerer Handlungsrahmen abgesteckt und ein wirksameres Beschlussverfahren festgelegt. Darüber hinaus schlägt die Kommission vor, diesen Ausschüssen sowie den wichtigsten europäischen und internationalen Gremien für die Standardsetzung in den Bereichen Rechnungslegung und Abschlussprüfung[4] eine finanzielle Unterstützung aus dem EU-Haushalt zu gewähren, damit diese ihre Ziele so rasch und erfolgreich wie möglich erreichen können. Der Vorschlag für finanzielle Unterstützung wird nun zur Prüfung an den Rat und das Europäische Parlament weitergeleitet.

Dazu Binnenmarkt- und Dienstleistungskommissar Charlie McCreevy: „Die Finanzkrise hat gezeigt, dass die Aufsichtsregelungen in der EU weiter verstärkt werden müssen, und uns daran erinnert, wie wichtig Transparenz und Unabhängigkeit insbesondere bei der Festlegung von Standards für die Rechnungslegung und die Abschlussprüfung sind. Diesem Ziel kommen wir ein erhebliches Stück näher, wenn wir die Rolle der wichtigsten europäischen und internationalen Gremien auf diesem Gebiet stärken und diesen finanzielle Unterstützung gewähren.

Beim EU-Aufsichtsrahmen könnten sich noch weitere Reformen als notwendig erweisen, die sich insbesondere aus den künftigen Empfehlungen der hochrangigen Expertengruppe unter Vorsitz von Jacques de Larosière sowie anderen derzeit laufenden Arbeiten ergeben könnten.“

Neuer Handlungsrahmen für Ausschüsse der europäischen Wertpapier-, Bank- und Versicherungsaufsichtsbehörden

Die Kommission hat die Beschlüsse zur Einsetzung der Ausschüsse der europäischen Aufsichtsbehörden (CESR, CEBS and CEIOPS) überarbeitet und dabei für deren Tätigkeit einen klareren Rahmen gesteckt und die bestehenden Regelungen zur Gewährleistung eines stabilen Finanzsystems gestärkt.

Die neuen Beschlüsse enthalten eine vorläufige Aufgabenliste und weisen den Ausschüssen bei der Erhaltung der Finanzstabilität eine wichtigere Rolle als bisher zu. Um die Beschlussfassung der Ausschüsse zu verbessern, wird für den Fall, dass kein Einvernehmen erzielt werden kann, die qualifizierte Mehrheit eingeführt. Mitglieder, die sich nicht an die von den Ausschüssen beschlossenen Maßnahmen halten, müssen dies begründen können. Die von den Ausschüssen beschlossenen Maßnahmen sind auch weiterhin nicht verbindlich.

Grund für die Überarbeitung der Beschlüsse zur Einsetzung der Ausschüsse waren in der Hauptsache die Mitteilung der Kommission zur Überprüfung des Lamfalussy-Verfahrens vom November 2007 (IP/07/1731) und eine entsprechende Aufforderung des ECOFIN-Rates vom Mai 2008.



26. JÄNNER 2008

Finanzierung der Ausschüsse der europäischen Wertpapier-, Bank- und Versicherungsaufsichtsbehörden und der wichtigsten Gremien für die Standardsetzung in den Bereichen Rechnungslegung und Abschlussprüfung

Die Kommission schlägt ein Gemeinschaftsprogramm vor, bei dem die drei Ausschüsse der europäischen Aufsichtsbehörden (CESR, CEBS und CEIOPS) und wichtige internationale und europäischen Gremien, die an der Standardsetzung in den Bereichen Rechnungslegung und Abschlussprüfung beteiligt sind, direkt aus dem EU-Haushalt Finanzmittel erhalten. Bei diesen Gremien handelt es sich um die International Accounting Standards Committee Foundation (IASCF)[5], die European Financial Reporting Advisory Group (EFRAG)[6] und den Public Interest Oversight Body (PIOB)[7].

Eine stabile, diversifizierte, solide und angemessene Finanzierung wird es diesen Gremien ermöglichen, ihre Aufgaben erfolgreich wahrzunehmen und dabei ihre Unabhängigkeit zu

bewahren. Konvergentere Aufsichtspraktiken und verstärkte Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden werden zur Stabilität der Finanzmärkte beitragen. Gleichzeitig sind die erstklassige Qualität der international harmonisierten Standards für Rechnungslegung und Abschlussprüfung und gleiche Wettbewerbsbedingungen für die europäischen Unternehmen auf den Weltmärkten wesentliche Voraussetzungen für die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für die Unternehmen. Auch sollte der Beitrag, den Europa zu den internationalen Diskussionen in Sachen Rechnungslegung leistet, durch eine bessere Mittelausstattung der EFRAG und eine Verstärkung ihrer Rolle verbessert werden.

Der Finanzbeitrag würde sich auf 36,2 Mio. EUR belaufen und den Zeitraum vom 1. Januar 2010 bis zum 31. Dezember 2013 abdecken. Der Vorschlag wird nun das Mitentscheidungsverfahren durchlaufen, an dessen Ende die Verabschiedung durch das Europäische Parlament und den Rat steht.■

Die Vorschläge sind abrufbar unter:

http://ec.europa.eu/internal_market/finances/committees/index_de.htm

[1] Ausschuss der europäischen Wertpapierregulierungsbehörden (CESR):

<http://www.cesr-eu.org/>

[2] Ausschuss der europäischen Bankaufsichtsbehörden (CEBS): <http://www.c-eps.org/>

[3] Ausschuss der europäischen Aufsichtsbehörden für das Versicherungswesen und die betriebliche Altersversorgung (CEIOPS): <http://www.ceiops.org/>

[4] International Accounting Standards Committee Foundation (IASCF), European Financial Reporting Advisory Group (EFRAG) und Public Interest Oversight Body (PIOB).

[5] <http://www.iasb.org/About+Us/About+the+IASC+Foundation/About+the+IASC+Foundation.htm>

[6] <http://www.efrag.org>

[7] <http://www.ipiob.org>

Kommission will Verantwortung von OGAW- Verwahrstellen klären

Der Rechtsrahmen für OGAW hat sich in der aktuellen Krise als äußerst widerstandsfähig erwiesen. Allerdings hatten die Verwahrstellen von vier (der insgesamt 30 000) OGAW Fondsvermögen im Umfang von 1,6 Mrd. EUR in Madoff-Fonds angelegt, das bislang nicht wieder begetrieben werden konnte. In einem Schreiben vom 12. Januar an Kommissionsmitglied McCreevy hat die französische Wirtschafts- und Finanzministerin Christine Lagarde darauf hingewiesen, dass die Mitgliedstaaten in Bezug auf Rolle und Haftung von OGAW-Verwahrstellen unterschiedliche Ansätze verfolgen. Dies könnte zu nicht hinnehmbaren Unterschieden im Anlegerschutz je nach Sitz der Verwahrstellen führen. Das Problem wurde auch auf der Ratstagung der Wirtschafts- und Finanzminister am 20. Januar erörtert. Dabei erläuterte Kommissionsmitglied McCreevy, wie die Kommission hierauf zu reagieren gedenkt.

Kommissionsmitglied McCreevy erklärte: „Die Verantwortung einer unabhängigen Verwahrstelle für die sichere Verwahrung des Fondsvermögens gehört zu den Eckpfeilern des OGAW-Rechtsrahmens. Nach der Richtlinie liegt die Verantwortung für die Vermögensverwahrung ganz klar bei der Verwahrstelle, die bei Fehlverhalten oder Fahrlässigkeit haftet. Die Kommission wird federführend dafür Sorge tragen, dass die Grundsätze der Richtlinie aufrechterhalten werden – und in einem ersten Schritt prüfen, wie die Mitgliedstaaten sie in ihren Gesetzen konkret umgesetzt haben, damit Vorgehensweisen oder Vorschriften, die die in der Richtlinie vorgesehene grundsätzliche Verantwortung verwässern könnten, aufgedeckt werden. Ausgehend von dieser Prüfung wird die Kommission gegebenenfalls

Maßnahmen vorschlagen, um die Aufgaben der Verwahrstellen zu kodifizieren.

Hintergrund

Der Rechtsrahmen für OGAW hat sich in der aktuellen Krise als äußerst widerstandsfähig erwiesen. Trotz sehr schwieriger Marktbedingungen, mangelnder Liquidität und Entschädigungszahlungen an die Anleger mussten nur einige wenige Fonds den Handel aussetzen oder einstellen. Die inhärenten Sicherheitsmechanismen dieses Regulierungsmodells haben dazu beigetragen, dass die OGAW der Krise trotzen konnten.

Einige OGAW gerieten allerdings in den Strudel des Madoff-Skandals. Die Verwahrstellen von vier (der insgesamt 30 000) OGAW hatten Mittel im Umfang von 1,6 Mrd. EUR in Madoff-Fonds angelegt, und diese Gelder konnten bislang nicht wieder begetrieben werden. EU-weit erlitten Anleger und andere Fonds, die darin investiert hatten, Verluste.

Nach Angaben der für die Überwachung dieser Verwahrstellen zuständigen Mitgliedstaaten wurden die in der OGAW-Richtlinie vorgesehenen Vorschriften über die Verantwortung und Haftung der Verwahrstellen dort ordnungsgemäß in nationales Recht umgesetzt. In den betroffenen Ländern laufen Verfahren, um die Haftpflicht der Verwahrstellen für die entstandenen Vermögensverluste zu klären.

Allerdings hat der Vorfall deutlich gemacht, dass die Vorgaben der Richtlinie uneinheitlich in nationales Recht umgesetzt worden sind. In der Frage, ob die Verwahrstelle die Kontrolle über die Vermögenswerte behalten muss, um sie gegebenenfalls an die Anleger zurück-



26. JÄNNER 2008

zahlen zu können, oder ob sich ihre Verantwortung darauf beschränkt, über die Sicherheit des Vermögens zu wachen, herrschen offensichtlich unterschiedliche Erwartungen. Auch bestehen ganz offenbar unterschiedliche Auffassungen darüber, wo im Hinblick auf die Feststellung der Verantwortung und Haftpflicht die Beweislast liegt.

Standpunkt der Europäischen Kommission

Nach Auffassung der Kommission wird die grundsätzliche Verantwortung und Haftung der Verwahrstelle durch die Richtlinie unmissverständlich geregelt. Sie überträgt die Verantwortung für die sichere Verwahrung des Vermögens eindeutig der Verwahrstelle, die dementsprechend bei Fehlverhalten oder Fahrlässigkeit haftet. Die Feststellung der Haftpflicht und ihres Umfangs muss gemäß dem Zivilrecht des jeweiligen Mitgliedstaats erfolgen.

Aus Sicht der Kommission ist zum jetzigen Zeitpunkt durchaus noch möglich, dass die Anleger der betroffenen OGAW nach dem Recht der Mitgliedstaaten, in denen die betroffenen Verwahrstellen ihren Sitz hatten, eine Entschädigung erhalten. Da die Verwahrstelle jedoch ein zentraler Baustein im OGAW-Rechtsrahmen ist, wird die Kommission alles daransetzen, dass die nationalen Rechtsvorschriften und Vorgehensweisen, mit denen die Bestimmungen über die Verantwortung und Haftung der Verwahrstelle umgesetzt werden, nicht zu einer Verwässerung der Richtliniengrundsätze führen.

Aus diesem Grund wird die Kommission in Zusammenarbeit mit dem CESR prüfen, wie die einschlägigen Richtlinienbestimmungen von den Mitgliedstaaten umgesetzt wurden, und wie Verantwortung und Haftung der Verwahrstelle im Lichte des einzelstaatlichen Zivilrechts definiert werden. Ziel dieser Überprüfung ist es, Vorgehensweisen oder Vorschriften aufzudecken, die die in der Richtlinie vorgesehene grundsätzliche Verantwortung und Haftpflicht verwässern könnten. Die Kommission wird sich bemühen, die Verantwortung der OGAW-Verwahrstellen für die Vermögensverwahrung und die Modalitäten, nach denen sie diese Aufgaben ausführen können (u.a. durch Nutzung nachgeordneter Depotbanken), zu präzisieren.

Sollten bei dieser Überprüfung Vorgehensweisen oder Sachverhalte festgestellt werden, die nicht mit den übergeordneten Grundsätzen der Richtlinie übereinstimmen, wird die Kommission die nötigen Maßnahmen ergreifen. Zum jetzigen Zeitpunkt sind verschiedene Optionen denkbar – von einer rechtsverbindlichen Präzisierung der mit der Vermögensverwaltung verbundenen Aufgaben, die durch konvergierende nationale Vorgehensweisen unterstützt wird, bis hin zu einer weiterreichenden Harmonisierung der Rechtsvorschriften. ■